Herr Gleß von der Verwaltung teilte mit, dass es sich bei diesem und dem nächsten Tagesordnungspunkt um Bauvorhaben der RSAG handeln würde. Geplant seien die Errichtung einer von der AWO betriebenen Altkleider-Sortieranlage und Umladestation. Des Weiteren soll auf der Fläche ein Betrieb zur Herstellung von Kaminholz angesiedelt sowie eine Lagerhalle zur Unterbringung von Baustoffen errichtet werden. Bezüglich der Umladestation für Altkleider sollen hauptsächlich Menschen mit einem Handicap eingestellt werden. Er habe die Sitzungsvorlage mit gutem Gewissen unterschrieben, weil er das Integrationsprojekt der AWO für eine sehr gute Sache halte. Kritisch sei zu sehen, dass von Seiten der Verwaltung bereits seit Jahren gefordert wird, dass die RSAG eine Gesamtperspektive für dieses Gelände darlegt. Die Forderung nach einer Gesamtperspektive werde er bei der RSAG noch einmal anfordern.

Herr Seifen von der SPD-Fraktion meinte, dass niemand etwas gegen eine Kleidersortieranlage - betrieben von der AWO - an dieser Stelle haben könne. Auch der Betrieb zur Herstellung von Brennholz sei unkritisch zu sehen. Anschließen könne man sich an die Forderung der Verwaltung bezüglich der Gesamtplanung für das Gelände.

Herr Köhler von der Fraktion Aufbruch! erinnerte daran, dass die RSAG eine lange Phase der Umstrukturierung und Konsolidierung hinter sich habe. Jetzt können von der RSAG Aussagen über die Zukunft des Geländes gefordert werden. Das Projekt selbst habe für ihn positive Punkte darin, dass Materialien einer Verwertung zugeführt werden, die sonst vernichtet würden. Auch sei positiv, dass behinderte Menschen eine Chance bekommen. Kritisch zu sehen sei die Kaminholz-Verarbeitung. Er könne sich das aufgrund der gemachten Angaben nicht vorstellen. Hierzu seien weitere Informationen erforderlich. Bei der Zufahrt sei darauf zu achten, dass diese komplett über das Gelände geführt wird und nicht etwa über die Langstraße, da hier Menschen wohnen.

Herr Gleß wies daraufhin, dass nach den Informationen, die der Verwaltung vorliegen, die Zufahrten zu diesen drei Nutzungen komplett über das RSAG-Gelände geführt werden.

Herr Züll von der FDP-Fraktion signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion zu diesem wie auch zum nächsten Punkt. Er wies darauf hin, dass das Sondergebiet einer Zweckbestimmung bedürfe sowohl im Flächennutzungs- als auch im Bebauungsplan. Er stellte die Frage an die Verwaltung, ob bereits eine Überlegung zu den Bezeichnungen gemacht worden sei. Die Sammlung der Altkleider durch die AWO sei eine positive Entwicklung und er hoffe, dass sich das auch auswirke auf die auf privaten oder öffentlichen Flächen aufgestellten Altkleidercontainer.

Herr Gleß gab zur Antwort, dass für den Flächennutzungsplan als Zweckbestimmung der Sonderfläche es genau die Bezeichnung sei, die letztendlich als Nutzungen hineinkommen. Dies würde aber auch in Abstimmung mit der Bezirksregierung erfolgen.

Für Frau Feld-Wielpütz von der CDU-Fraktion sei der Begriff „Baustoffe“ ein dehnbarer. Sie würde die Größe der einzelnen Flächen interessieren. Sie schlage vor, offene Fragen mit der RSAG zu besprechen, indem diese zu einer der nächsten Sitzungen eingeladen wird. Auch wollte sie wissen, wie konkret die Planungen seien, da z.B. nur von Planungen der AWO in der Vorlage die Rede ist. Wünschenswert wäre es, einen

regelmäßigen Bericht seitens der RSAG über ihre Planungen auf dem Gelände zu bekommen.

Auch Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßte das Vorhaben, wies aber auch auf immissionsschutzrechtliche Belange hinsichtlich des Betriebes zur Herstellung von Kaminholz hin. Die Forderung der Verwaltung, von der RSAG eine Gesamtperspektive zu erhalten, sei zu unterstützen. Die Verwaltung möge vom Ausschuss als politischen Wunsch mitnehmen, dass eine Gesamtplanung hier vorgestellt wird.